

P R E S S E M I T T E I L U N G

Deutsche AIDS-Hilfe e.V. (DAH) fordert rasche Entscheidung zur „heroingestützten Behandlung“

Berlin, 28. Februar 2008. „Mit der Entscheidung der Bundesregierung, die Bundesförderung für die an der Modellstudie zur heroingestützten Behandlung beteiligten Städte Ende Februar zu beenden, rückt die Einstufung von Diamorphin als verschreibungsfähiges Medikament sowie eine Überführung in die Regelbehandlung in weite Ferne“, erklärt Peter Stuhlmüller, stellv. Bundesgeschäftsführer der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. (DAH). Die Menschen, die seit vielen Jahren erfolgreich mit Diamorphin behandelt werden, fordern nun zu Recht eine endgültige Entscheidung des Bundestages. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass die gesundheitliche Stabilisierung und die soziale Integration von Heroinkonsumenten nicht wichtig genug sind, um hier politischen Druck auszuüben“, fährt Stuhlmüller fort.

„Es hat den Anschein, dass dieses wichtige Thema zu einer bundespolitischen Hängepartie wird“, betont Dirk Schäffer, DAH-Referent für Drogen und Menschen in Haft. „Auch wenn die Beendigung der Bundesförderung für die Patienten in den Projekten keine direkten Folgen hat, ist dies ein fatales politisches Signal. Die jetzige Situation könnte in einigen Städten die sukzessive Einstellung der Projekte zur Folge haben, da die Städte die Kosten der heroingestützten Behandlung dauerhaft nicht alleine tragen werden.“ „Viele der Menschen, die derzeit mit Heroin behandelt werden, sind Freunde oder Bekannte von uns. Sie haben einfach Angst vor der ungewissen Zukunft, denn die heroingestützte Behandlung ist für viele die erste erfolgreiche Therapie seit Jahren“, so eine Vertreterin des bundesweiten Selbsthilfenetzwerks JES (Junkies, Ehemalige, Substituierte).

„Auch wenn die Enttäuschung tief sitzt – die Deutsche AIDS-Hilfe appelliert an alle Unterstützer dieses Projektes, die Drogenbeauftragte der Bundesregierung noch stärker als bisher in ihrem Vorhaben zu unterstützen, eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes zu erwirken und die Diamorphinbehandlung in die Regelversorgung zu überführen. Es gilt nun auch, öffentlichen Protest zu organisieren“, führt Dirk Schäffer weiter aus.

„Wir fordern die Bundesregierung auf, eine zeitnahe Abstimmung im Bundestag zu ermöglichen und auf die Aufhebung des Fraktionszwangs zu drängen. Die Entscheidung im Bundestag ist für viele Heroinkonsumenten, die derzeit in Hamburg, Frankfurt, Bonn, Köln, Karlsruhe, München und Hannover erfolgreich behandelt werden, lebenswichtig, dies muss allen klar sein“, fasst Peter Stuhlmüller die Situation zusammen.

Für Fragen steht zur Verfügung:

Dirk Schäffer
Deutsche AIDS-Hilfe e.V.
Wilhelmstraße 138
10963 Berlin
Telefon 0049 30 690087-56
E-Mail dirk.schaeffer@dah.aidshilfe.de
www.aidshilfe.de

Pressekontakt:
Carmen Vallero
Deutsche AIDS-Hilfe e.V.
Wilhelmstraße 138
10963 Berlin
Telefon 0049 30 690087-56
E-Mail carmen.vallero@dah.aidshilfe.de
www.aidshilfe.de